

Pressemitteilung

Osnabrück, 15.05.2020

Entwurf des Gesellschaftervertrag zur Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ungenügend!

Zu der Projektausschusssitzung zur Gründung der Kommunalen Wohnungsgesellschaft am kommenden Montag und dem Entwurf des Gesellschaftervertrags äußert sich die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz: „Setzen sechs! Dieser Entwurf ist ungenügend und widerspricht der Intention des Bürger*innenbegehrens zur Gründung der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Zur Erinnerung: Über 70 % der Osnabrücker*innen forderten sehr deutlich, dass die Stadt selbst aktiv wird, um endlich eine Lösung für die immer weiter steigenden Preise auf dem Wohnungsmarkt zu finden.“

Und sie haben allen Grund dazu: Eine Anfrage zur Mietentwicklung in Niedersachsen des niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Victor Perli (DIE LINKE.) zeigt, dass in Osnabrück der Preis für eine freie Mietwohnung im vergangenen Jahr bei durchschnittlich 8,09 Euro pro Quadratmeter lag. Victor Perli: „Osnabrück ist von starken Mietensteigerungen betroffen. Die Angebotsmieten sind seit 2012 um 37,1 Prozent gestiegen. Damals betrug die durchschnittliche Kaltmiete noch 5,90 Euro pro Quadratmeter. Private Wohnungsunternehmen haben gezeigt, dass sie es nicht schaffen, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Das ist ein starkes Argument für die Kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Zusammen mit einem Mietendeckel nach Berliner Vorbild wären beides wirksame Maßnahmen, um der Mietpreisexplosion entgegenzuwirken.“

„Dass im Gesellschaftervertrag weder ein Hinweis auf den erfolgreichen Bürger*innenentscheid, noch eine Festlegung auf eine Sozialquote von mindestens 80 % vorliegt, die Rechte des Rates in dieser Konstruktion fragwürdig sind, eine Ewigkeitsgarantie nicht formuliert wurde, die Rechte des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum verschwindend gering sind und Themen wie Mieter*innenmitbestimmung nicht mal erwähnt werden, ist ein Angriff auf den Bürger*innenwillen zur Gründung der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft“, betont Brandes-Steggewentz im Hinblick auf die Pläne von Verwaltung und den drei großen Fraktionen (CDU, SPD und Grüne), die kommunale Wohnungsbaugesellschaft als Tochter der Stadtwerke Osnabrück AG einzurichten.

Brandes-Steggewentz stellt fest: „Mit diesem Gesellschaftervertrag entsteht ein Tochterunternehmen der Stadtwerke, das gewinnorientiert auf dem Wohnungsmarkt mitmischt, dabei auch gerne überregional tätig werden soll und das alles bei so wenig Mitbestimmung wie möglich aus der Osnabrücker Zivilgesellschaft. So geht es nicht! Wir fordern eine grundsätzliche Änderung des Gesellschaftervertrags und eine vertiefte Debatte im Projektausschuss und der Öffentlichkeit zu diesem wichtigen Thema für unsere Stadt.“

Dass kommunale Lösungen vor Ort beim Problem der steigenden Mietpreise besonders wichtig sind, sieht auch Heidi Reichinnek, Ratsfrau in Osnabrück und Landesvorsitzende DIE LINKE. Niedersachsen: „Der Osnabrücker Bürger*innenentscheid aus dem letzten Jahr ist ein Paradebeispiel für zivilgesellschaftliches Engagement. Aber auch auf Bundes- und Landesebene brauchen wir schnelle und wirksame Maßnahmen, um einen weiteren Anstieg der Mieten zu verhindern. Durch die Corona-Krise ist jetzt eine wirtschaftliche Notlage entstanden, in der vielen Mieter*innen die Einkommen wegbrechen. Das verschärft die Situation. Die Partei DIE LINKE. fordert daher auf Landesebene eine gesetzliche Deckelung der Mietpreise, wie es in Berlin jetzt beschlossen wurde. Land und Bund müssen jetzt dringend in den sozialen Wohnungsbau investieren!“